

Datum: 23.05.2024



Landeshauptstadt  
München  
**Stadtkämmerei**

Investitionsplanung  
und -controlling  
SKA 2.21

[REDACTED]  
[REDACTED]  
[REDACTED]

**Umsetzungskonzept zur Reduzierung der investiven Ansätze in den Jahren 2025 – 2027 im Mehrjahresinvestitionsprogramm 2024 – 2028  
Teilhaushalt des IT-Referats**

**Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V XXXXX**

**Beschluss des IT-Ausschusses vom 17.07.2024 (VB)**  
Öffentliche Sitzung

**An das IT-Referat**

Die Stadtkämmerei stimmt der oben genannten Beschlussvorlage zu.

Die Konsolidierungsvorgaben gemäß Stadtratsbeschluss vom 20.12.2023 wurden vollständig erfüllt.

Die Stadtkämmerei bittet darum, die Stellungnahme in die Beschlussvorlage einzuarbeiten oder als Anlage beizufügen.

Gezeichnet

[REDACTED]  
[REDACTED]

# AW: Beschlussabstimmung Umsetzungskonzept zur Reduzierung der investiven Ansätze in den Jahren 2025 – 2027 im Mehrjahresinvestitionsprogramm 2024 – 2028 Teilhaushalt des IT-Referats

## ITM Beschlusswesen

Do 20.06.2024 09:57

An:ITM Beschlusswesen <itm.beschlusswesen@muenchen.de>;

---

**Von:** Gesamtpersonalrat (GPR)

**Gesendet:** Mittwoch, 19. Juni 2024 10:51

**An:**

**Cc:** ITM Beschlusswesen

**Betreff:** Beschlussabstimmung Umsetzungskonzept zur Reduzierung der investiven Ansätze in den Jahren 2025 – 2027 im Mehrjahresinvestitionsprogramm 2024 – 2028 Teilhaushalt des IT-Referats

Sehr geehrte,  
liebe ,

Der Gesamtpersonalrat hat sich in der Sitzung am 05.06.2024 mit o.g. Beschlussvorlage befasst und nimmt wie folgt Stellung:

Dem Gesamtpersonalrat sind die Umstände, die eine Konsolidierung für die nächsten Jahre notwendig machen, durchaus bewusst. Die vom Stadtrat im Dezember 2023 beschlossenen und von der Kämmerei dadurch vorgegebenen Einsparungsziele entsprechen aus unserer Sicht durchaus den bevorstehenden Prognosen der Einnahmefälle und werden mit großer Wahrscheinlichkeit der Stadt über die bevorstehenden schweren Jahre helfen.

Aus den Erfahrungen der letzten Konsolidierungsmaßnahmen konnte der Gesamtpersonalrat feststellen, dass in manchen Fällen eine allzu pauschalisierte Vorgehensweise nicht das richtige Mittel ist. Gerade die letzten Jahre waren sehr herausfordernd für die Entwicklung unserer Bildungs-IT.

Die beiliegende Stellungnahme des Referatspersonalrats des RBS (siehe Anlage) zeigt hier noch deutliche Defizite im Bereich der Digitalisierung der Bildungs-IT gegenüber dem derzeit üblichen städtischen Entwicklungsstand. Um diesen bereits bestehenden Rückstand der letzten Jahre nicht noch zu vergrößern, halten wir es für notwendig, den Bereich der Bildungs-IT von der Konsolidierung auszunehmen oder die entstehende Finanzierungslücke auf eine andere Art zu decken. Zumal sich hier die Einsparungen nur bei investiven Maßnahmen umsetzen lassen.

Gerade die Investitionen in die Digitalisierung sind für die Stadt und ihre zukünftige Leistungsfähigkeit von großer Bedeutung. Die Stadt wird in den kommenden Jahren nicht nur vor der Schwierigkeit der Verknappung der Finanzmittel stehen, sondern auch mit einer immer angespannteren Personalsituation rechnen müssen. Der derzeit einzig sichtbare Weg diese Probleme kompensieren zu können, ist es die Digitalisierung zu forcieren, um verlorene Knowhow und fehlende Personalressourcen ersetzen zu können.

Diese Investitionen, gerade im Bildungsbereich sind aus unserer Sicht eine Investition in zukünftige

Generationen und in die Zukunft unserer Stadt.

Mit freundlichen Grüßen

Vorsitzende

Datum: 27.05.2024  
Telefon: 0 233-83572  
Telefax: 0 233-83587

**Referat für  
Bildung und Sport**  
Referatspersonalrat  
RBS-RPR

**Stellungnahme zum Beschlussentwurf „Umsetzungskonzept zur Reduzierung der investiven Ansätze in den Jahren 2025 – 2027 im Mehrjahresinvestitionsprogramm 2024 – 2028 Teilhaushalt des IT-Referats“**

An GPR  
[REDACTED]

Sehr geehrte Frau Hofmann,

folgende Stellungnahme des Referatspersonalrats des RBS zum oben genannten Beschluss wurde in der Gremiumssitzung am 04. Juni 2024 verabschiedet:

Der RPR-RBS lehnt die vorgesehenen Konsolidierungen im Bereich der Bildungs-IT ab. Die Bildungs-IT ist ohnehin nicht auf dem Stand der aktuellen Technik, daher dürfen weitere Sparmaßnahmen diesen Bereich nicht betreffen. Beim jetzigen Tempo des IT-Ausbaus wären wir in 10 Jahren so weit, dass die demografischen Entwicklungen, sprich die steigende Zahl an Schüler\*innen aufgefangen werden könnte.

Nicht zuletzt hat der Stadtrat selbst in weiser Voraussicht Beschlüsse zur Entwicklung der Bildungs-IT in den letzten Jahren verabschiedet. Damit haben die Stadträt\*innen bewiesen, dass die Einsparungen nicht bei der innovativen Zukunft getätigt werden können.

Der RPR-RBS fragt sich, warum bei der IT nur im Bildungsbereich gespart werden kann, da in diesem Bereich unsere Zukunft am härtesten getroffen wird (neue Lehrkräfte, neue Schulen mit entsprechenden digitalen Geräten, Software und Internet ausstatten usw.)

Es fanden in den letzten 10 Jahren vier Umorganisation der IT und die damit verbundenen Prozesse statt. Zunächst wurde das Zentrum für Informationstechnologie im Bildungsbereich (ZIB) in RBS-IT umorganisiert ohne Stellenmehrung. Danach wurde die LHM Services GmbH gegründet. Die Probleme wurden in den bisherigen drei Umorganisationen nur von links nach rechts verlagert.

Folgende aktuelle IT-Themen sind immer noch offen und dringendst zu erledigen:

- WLAN in Bildungseinrichtungen
- IT-Ausstattung (Verwaltungsarbeitsplätze, Laptops, Smartphones, Drucker, Scanner, Kopierer, Beamer, medienpädagogische Geräte und Zubehör, usw.).

Weder W-Lan noch Endgeräte funktionieren zuverlässig. Die für teures Geld angeschafften personenbezogenen Endgeräte für Lehrkräfte sind noch nicht einmal vollständig ausgerollt. Die fragwürdige Trennung der Netze in Pädagogik und Verwaltung erschwert den bereits ausgestatteten Lehrkräften das Arbeiten enorm. Gleichzeitig sollen sie aber der in ihrem Tempo ebenso fragwürdigen NeoHR-Digitalisierungsstrategie des POR folgen. Hier sind massive Investitionen durchzuführen und keine Einsparungen vorzunehmen!

Die katastrophalen Organisationsänderungen der letzten Jahre haben wie erwartet nicht zu



einer Besserung geführt. Der RPR-RBS hat wie alle anderen betroffenen Personalratsgremien auch ausdrücklich davor gewarnt. Nun sollen Einsparungen auf Kosten der hochbelasteten Lehr- und Erziehungskräfte und nicht zuletzt auf Kosten der betroffenen Schüler\*innen durchgeführt werden. Die LHM muss sich schon entscheiden: Will sie die Digitalisierung im Bildungsbereich oder nicht? Wenn nein, sollte sie aber auch konsequent sein und die Schulbauprogramme wieder auf Kreidetafeln umstellen. Das spart noch mehr Geld, wird aber die Bürger\*innen sicher nicht erfreuen.

Neben diesen grundsätzlichen Erwägungen weisen wir auf wesentliche verfahrenstechnische Ungenauigkeiten und inhaltliche Fehler in der Beschlussvorlage hin:

- 1. Wie unter 3.3 angeführt soll die Beschlussvorlage zwar mit der Stadtkämmerei und natürlich dem GPR abgestimmt werden, nicht aber mit dem betroffenen Referat, dem RBS. Warum ist das nicht geschehen?**
- 2. Eine genaue Darstellung der Auswirkungen bei den vorgesehenen Einsparungen fehlt. Dies ist aber nötig, damit der Stadtrat abgewogen entscheiden kann. Gerade für diesen Aspekt wäre eine intensive Abstimmung mit dem RBS notwendig gewesen.**
- 3. Im Beschlussentwurf werden Allgemeinplätze verwendet, ohne sie zu erläutern. So fehlen etwa Beschreibungen, was zur „Grundausstattung“ (S. 3, Nr. 3.2) von Neubauten gehört. Dies suggeriert, dass bisher unnötige Ausstattungen angeschafft wurden, was nicht der Fall ist. Das Gleiche gilt für die „Reduzierung etablierter Standards“ (ebd.). Auch hier wird nicht beschrieben, was man sich darunter vorstellen soll.**
- 4. Des Weiteren ist nicht nachvollziehbar, warum nach dem Rasenmäherprinzip gespart werden soll, ohne auch rechtlich notwendige Priorisierungen vorzunehmen. Im Beschlussentwurf wird nicht zwischen Pflichtaufgaben und freiwilligen Aufgaben entschieden. Auch dies ist zwingend notwendig, damit der Stadtrat eine auch juristisch haltbare Entscheidung treffen kann.**
- 5. Es ist außerdem nicht verständlich, warum das RIT unter Punkt 1 richtig darstellt, dass für die Jahre 2025 bis 2027 laut Stadtratsbeschluss Einsparungen vorgenommen werden sollen, dann aber beantragt (S. 4, II.1) einer Konsolidierung gemäß Anlage 1 zuzustimmen. In der Anlage 1 wird ohne Stadtratsauftrag bereits jetzt eine weitere Einsparung beantragt, die 2028 noch einmal einen ähnlichen Betrag (knapp 49 Mio. €) vorsieht wie in den Jahren 2025-2027 zusammen. Das RIT selbst führt richtigerweise aus: „Eine dauerhafte Konsolidierung in dem Maße würde eine signifikante Gefahr für den Betrieb in der Bildungs-IT darstellen“ (S. 3, Nr. 3.1). Und dann wird genau diese Konsolidierung von 2027 auf 2028 mehr als verdreifacht. Das verstehe, wer will!**

Wir bitten unseren Stadtrat diesen Beschluss abzulehnen, da die Bildungs-IT aufgrund der ständigen Umorganisation bereits ein nicht ausreichend ausgestatteter Bereich ist.

Mit herzlichen Grüßen,

